



Luzern, August 2016/ade

IHZ-Vorstand fasst Parolen zu nationalen und kantonalen Vorlagen vom 25.9.2016

Der IHZ-Vorstand hat folgende Parolen zu den wirtschaftsrelevanten, eidgenössischen und kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 25. September 2016 gefasst:

BUND:	Nein	zur Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»
	Nein	zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»
LUZERN:	Nein	zur Volksinitiative „Für faire Unternehmenssteuern“
SCHWYZ:	Ja	zur Änderung des Steuergesetzes („Flat Rate Tax“)

Diesen Vorstandsentscheiden liegen folgende Betrachtungen zugrunde:

1. AHVplus

Was will die Initiative?

Die AHVplus-Initiative fordert flächendeckend 10 Prozent mehr AHV für alle. Die Erhöhung soll als Zuschlag auf allen Altersrenten (1. Säule) ab 2018 ausbezahlt werden. Die AHV-Renten seien schon 40 Jahre nicht mehr grundsätzlich erhöht worden; die heutigen Renten würden vielfach nicht mehr für ein anständiges Leben im Alter ausreichen. Die Initianten wollen demnach den Existenzbedarf mit der AHV decken, damit weniger Rentner auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen sind.

Wer steckt dahinter?

Die Initiative wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund 2013 lanciert. Die «Allianz für eine starke AHV» gehören über zwanzig Gewerkschaften und Personalverbände an (u.a. Unia, Syna, SEV, Travail Suisse sowie Verbände des öffentlichen Personals, der Lehrer, des Bankpersonals, der Medienschaffenden, der Pflegenden und der Senioren). Politisch unterstützen SP, Juso, Grüne und Junge Grüne die Initiative. Website: www.ahvplus-initiative.ch

Wie argumentieren die Befürworter?

Die Befürworter sind der Ansicht, dass die Pensionskassenrenten schrumpfen und immer mehr zusammengestrichen würden. Um auch im Alter seine gewohnte Lebenshaltung



weiterführen zu können, brauche es deshalb höhere AHV-Renten, die Renten der 2. Säule würden dazu nicht mehr ausreichen. Zudem würden die AHV-Renten immer mehr den Löhnen hinterher hinken. Gleichzeitig sei die AHV die sicherste „Säule“ der Altersvorsorge. Die AHV sei im Vergleich zur zweiten und dritten Säule weit weniger den Risiken an der Börse ausgesetzt und Banken und Lebensversicherer könnten sich bei der AHV nicht auf dem Buckel der Bevölkerung bereichern, meinen die Initianten. Die höheren AHV-Beiträge seien mit höheren Lohnabzügen zu finanzieren.

Wer sind die Gegner der Initiative?

Ein breites Komitee wehrt sich gegen die Initiative. Das Komitee besteht aus dem Schweizerischen Arbeitgeberverband, dem Wirtschaftsdachverband economiesuisse, dem Schweizerischen Gewerbeverband, dem Schweizerischen Bauernverband sowie den politischen Parteien FDP, SVP, CVP, EVP, BDP und den Grünliberalen. Auch das Parlament und der Bundesrat lehnen die Initiative ab. Website: www.ahv-initiative-nein.ch

Wie argumentieren die Gegner?

Die Gegner der Initiative verweisen v.a. auf drei Gründe, die Initiative abzulehnen sei: Erstens soll die AHV nicht weiter aufgebläht, sondern vielmehr gesichert werden. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung hat die AHV bereits 2014 zum ersten Mal mehr ausgegeben als eingenommen; immer weniger Berufstätige bezahlen für immer mehr Pensionierte. Deshalb würden ohne Gegenmassnahmen bis 2030 jährlich rund 7.5 Milliarden Franken fehlen. Zweitens führt die vorgeschlagene pauschale Rentenerhöhung zu jährlichen Zusatzkosten von bis zu 5.5 Milliarden Franken. D.h. im Jahr 2030 würden der AHV jährlich insgesamt 13 Milliarden Franken fehlen (7.5 Mia. + 5.5 Mia.). Die zusätzlichen Kosten der pauschalen Rentenerhöhung sollen dabei über höhere Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgegolten werden, quasi abgebucht über die Kreditkarte der Jungen. Drittens profitieren v.a. jene Rentner von der Initiative, die nicht auf eine AHV-Erhöhung angewiesen sind. Menschen, die gegenwärtig Ergänzungsleistungen (EL) erhalten, weil sie von der AHV nicht leben können, gehören bei Annahme der Initiative zu den Verlierern. Denn wenn die AHV steigt, sinken die Ergänzungsleistungen. Unter dem Strich bleibt im besten Fall gleich viel Geld im Portemonnaie wie vorher, wahrscheinlicher ist jedoch eine Schlechterstellung: Dies weil AHV-Beiträge im Gegensatz zu Ergänzungsleistungen versteuert werden müssen und bei einem Wegfall der Ergänzungsleistungen auch weitere Vergünstigungen ausbleiben würden (u.a. Krankenkassen-Prämienverbilligungen). Personen mit tiefen Renten ist auf diesem Weg nicht zu helfen.

Was meint die IHZ?

Der Vorstand der IHZ lehnt die AHVplus-Initiative einstimmig ab.



2. Grüne Wirtschaft

Was will die Initiative?

Mit der Initiative „Grüne Wirtschaft“ soll eine grüne Kreislaufwirtschaft in der Verfassung festgeschrieben werden. Bis im Jahr 2050 muss die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch um mindestens zwei Drittel senken. Bund, Kantone und Gemeinden werden verpflichtet, entsprechende (noch unbestimmte) Massnahmen zu ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wer steckt dahinter?

Hinter der Initiative steht eine Allianz von Verbänden (u.a. Swis cleantech, Pro Natura, Unia), Parteien (Grüne, Junge Grüne, GLP, SP, JUSO, EVP) und anderen Organisationen (u.a. alliancesud, Greenpeace, WWF). Website: www.gruenewirtschaft.ch

Wie argumentieren die Befürworter?

Die Befürworter wollen nachhaltige Produktion fördern und die Schweiz im Bereich des Umweltschutzes wieder eine Vorreiterrolle einnehmen lassen. Durch besseres Recycling soll den Abfallbergen entgegengewirkt werden. Zudem soll die „Grüne Wirtschaft“ hochwertige Arbeitsplätze in der Schweiz schaffen, lokale Wertschöpfung generieren und die Abhängigkeit vom globalen Rohstoffmarkt verringern. Für die Konsumenten sollen langlebigere Produkte entstehen und ein breites Angebot an nachhaltigen Produkten geboten werden.

Wer sind die Gegner der Initiative?

Eine breite Allianz wehrt sich gegen die Initiative: Wirtschaftsdachverband economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband, Schweizerischer Hauseigentümerverband, GastroSuisse, Schweizerischer Baumeisterverband, Schweizerisches Konsumentenforum, Swissmem sowie die politischen Parteien CVP, FDP, SVP und BDP. Neben dem Bundesrat empfehlen auch National- und Ständerat, die Vorlage abzulehnen. Website: www.gruener-zwang.ch

Wie argumentieren die Gegner?

Die Initiative bevormundet die Konsumenten und zwingt ihn zu Verhaltensänderungen. Neue lenkungsorientierte Umweltabgaben verteuern das Reisen, die Nahrungsmittel und die Mieten, die Hochpreisinsel Schweiz wird so zementiert. Importierte Waren wie zum Beispiel Kaffee und Zitrusfrüchte, aber auch Ferien am Meer oder grosszügige Wohnungen werden für den Mittelstand unerschwinglich. Eine Senkung des Ressourcenverbrauchs um mehr als 65 Prozent ist radikal und gemäss Bundesrat selbst mit innovativsten Technologien nicht zu erreichen. Die Folgen eines extremen Strukturwandels sind für die Gesellschaft und die Unternehmen unberechenbar, die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens. Die extreme und wettbewerbsfeindliche Initiative führt zur Abschottung der Schweiz. Sie ignoriert, dass umweltpolitische Herausforderungen nur durch internationale Zusammenarbeit zu lösen



sind. Mit der Initiative werden kantonale Kompetenzen auf Bundesebene verschoben, was den Föderalismus schwächt. Zudem führen vielzählige neue Vorschriften zu einem aufgeblähten Beamtenapparat. Gleichzeitig sind Schweizer Unternehmen bereits weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Die Schweiz belegt in internationalen Nachhaltigkeitsrankings regelmässig Spitzenplätze.

Was meint die IHZ?

Der Vorstand der IHZ lehnt die Initiative „Grüne Wirtschaft“ einstimmig ab.

3. Luzern: Unternehmenssteuern

Was will die Initiative?

Die Initiative „Für faire Unternehmenssteuern“ will den Gewinnsteuersatz je Einheit für Unternehmen von 1.5% auf 2.25% anheben. D.h. bei Annahme der Initiative würde insgesamt (Bund, Kanton und Gemeinde) der Gewinnsteuersatz im Kanton Luzern von 12,3 auf 14,4 Prozent steigen.

Wer steckt dahinter?

SP, Grüne, JUSO, Junge Grüne, LGB, Avenir Social, KAB, Pro Natura, Second@s Plus, Schweizerischer Musikerverband (Sektion Luzern), Syndicom, Unia, VCS, Vpod, Verband Luzerner Mittelschullehrer, Website: www.faire-unternehmenssteuern.ch

Wie argumentieren die Befürworter?

Luzern hat ein Einnahmeproblem; ohne zusätzliche Einnahmen werden weitere Abbaupakete folgen. Die Erhöhung der Unternehmenssteuern um 0.75% sei ein erster Schritt auf dem Weg zu gesunden Kantonsfinanzen. Gegenwärtig bezahlen gemäss Initianten die natürlichen Personen die Steuersenkungen für Unternehmen. Dies sei eine unfaire Umverteilung von unten nach oben. Gleichzeitig seien seit 2008 Gebühren und Schulgelder um weit über sieben Millionen Franken erhöht worden. Auch viele Gemeinden würden unter der Steuerpolitik des Kantons leiden und ihre Steuern erhöhen oder ebenfalls Leistungen abbauen. Generell sei der extreme Steuerwettbewerb der falsche Weg; für Unternehmen seien Steuern nicht der wichtigste Standortfaktor, auch eine gute Verkehrsanbindung, ausgebaute Infrastruktur, ein breites Bildungssystem, qualifizierte Arbeitskräfte und eine hohe Lebensqualität seien wichtig. An der Finanzierung dieser Leistungen sollen sich Unternehmen angemessen beteiligen. Zudem sei die Steuerstrategie gescheitert. Ziel war es, durch tiefe Unternehmenssteuern mehr Firmen nach Luzern zu locken um insgesamt mehr Steuereinnahmen zu erzielen. Dieses Ziel sei nicht erreicht worden, stattdessen habe man Briefkastenfirmen angelockt und die Wirtschaftskriminalität stieg um 30 Prozent.



Wer sind die Gegner der Initiative?

Ein Komitee bestehend aus dem kantonalen Gewerbeverband, der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz sowie der CVP, SVP, FDP und den Grünliberalen bekämpft die Initiative. Zudem lehnt die Luzerner Regierung und das Kantonsparlament die Initiative ab.

Wie argumentieren die Gegner?

Die Initiative gefährdet Arbeitsplätze. Aufgrund der schweizweit tiefsten Unternehmensbesteuerung von 12,3 Prozent ist der Kanton Luzern attraktiv für Unternehmen; es resultiert ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und eine tiefe Arbeitslosenquote. Eine konkrete Änderung der erfolgreichen Steuerstrategie führt zu Verunsicherung und unter dem Strich zu weniger Ansiedlungen und zum Abbau von Arbeitsplätzen. Die Initiative steht zudem völlig quer in der „Politlandschaft“. Der Kanton Luzern hat in den vergangenen 10 Jahren die Steuerbelastung für natürliche und juristische Personen sukzessive gesenkt und ist für die steuerpolitischen Herausforderungen der Zukunft gerüstet. Dieser Wettbewerbsvorteil wird bei Annahme der Initiative preisgegeben: der Gewinnsteuersatz stiege im Kanton Luzern von 12,3 auf 14,4 Prozent. Wir würden damit im schweizweiten Vergleich wieder ins hintere Mittelfeld zurückfallen, da die anderen Kantone im Hinblick auf die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III des Bundes ihre Gewinnsteuersätze zum Teil drastisch nach unten korrigieren werden. Zudem löst die Initiative die Finanzprobleme des Kantons Luzern nicht. Die prognostizierten zusätzlichen Steuereinnahmen von 10 Mio. Franken wären bei einem strukturellen Defizit des kantonalen Finanzhaushalts von jährlich 110 Mio. ein Tropfen auf den heissen Stein. Weiter ist die Initiative unfair. Laut den Initianten muss die Luzerner Bevölkerung jetzt die Zeche dafür bezahlen, dass die Unternehmen in der Vergangenheit steuerlich entlastet wurden. Das ist falsch. Seit 2005 wurden natürliche und juristische Personen in drei Steuergesetzrevisionen um insgesamt rund 450 Mio. Franken entlastet (Kanton und Gemeinden). Rund drei Viertel dieser Entlastungen entfielen auf die natürlichen Personen, nur ein Viertel auf die juristischen.

Was meint die IHZ?

Der Vorstand der IHZ lehnt die Initiative einstimmig ab.



4. Schwyz: Flat Rate Tax

Was will die Gesetzesänderung?

Die Gesetzesänderung des Schwyzer Steuergesetzes sieht per 1. Januar 2017 vor, dass sämtliche Einkommen - unabhängig von ihrer Höhe - beim Kanton, den Bezirken und den Gemeinden einheitlich mit demselben Steuersatz von 5,1 Prozent besteuert würden. Zur Entlastung von tieferen Einkommen sollen der Sozialabzug für Ehepaare um 20'000 Franken auf 26'400 Franken erhöht werden, und derjenige für Alleinstehende um 10'000 Franken auf neu 13'200 Franken.

Wer steckt dahinter?

Der Schwyzer Regierungsrat hat dem Parlament den grundlegenden Wechsel im Steuersystem nach einem durchgeführten Vernehmlassungsverfahren (bei der sich auch die IHZ beteiligte) vorgeschlagen. Einerseits generiere das System die notwendigen Mehreinnahmen zur Beseitigung des strukturellen Defizites von 170 Mio. Franken. Andererseits bewahre es die Steuerattraktivität des Kantons Schwyz. Das Schwyzer Kantonsparlament hat den Plänen der Regierung zugestimmt. Dabei hat sich die FDP und grosse Teile der SVP für die Vorlage ausgesprochen.

Wie argumentieren die Befürworter?

Aus Sicht der Befürworter wird das Steuersystem mit der Flat Rate Tax einfacher und transparenter, bleibt aber gleichzeitig aufgrund hoher Sozialabzüge gerecht. Zudem werden mit dem neuen Steuersystem unerwünschte Nebeneffekte beseitigt und die Attraktivität des Kantons Schwyz gesteigert.

Wer sind die Gegner der Initiative?

Im Parlament wurde die Gesetzesänderung von SP, Grünen und CVP bekämpft.

Wie argumentieren die Gegner?

Der Mittelstand habe die Zeche zu bezahlen, meinen die Gegner. Leiden müsse v.a. der Mittelstand, der bis zu 20 Prozent mehr Steuern abliefern müsse. Das sei nicht gerecht. Die Flat Rate Tax widerspreche zudem dem Grundsatz in der Bundesverfassung, wonach jede Person gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern sei. Die Gegner möchten vielmehr Anpassungen an der progressiven Tarifstruktur vornehmen, um höhere Steuererträge zu erzielen.

Was meint die IHZ?

Die IHZ unterstützt die Gesetzesänderung und somit die Einführung einer Flat Rate Tax. Die IHZ-Vorstandsmitglieder haben im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens ihre Meinung geäußert; die detaillierte Argumentation der IHZ findet sich auf unserer Website:

www.ihz.ch/wirtschaftspolitik.html